

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Aufgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.

Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg

Nr. 15

Verlagspreis: Vierteljährlich 2,40 M.,
monatlich 80 Pf. mit Beleglohn; durch die
Post 2,25 M. bezw. 75 Pf. ohne Beleglohn.

Hachenburg, Samstag den 19. Januar

Anzeigenpreis (zählbar im Voraus):
Die halbspaltige Zeile 50 Pf., die vierspaltige 1,00 M.

10. Jahrg.

Mit welcher großen Schwierigkeit wir gegenwärtig in der Papierbeschaffung zur Drucklegung des „Erzähler“ zu kämpfen haben, mögen unsere Leser daran erkennen, daß zur Herausgabe vorliegender Nummer ein farbiges Kunstpapier verwendet werden mußte. Eine andere Papierart steht uns augenblicklich nicht zur Verfügung. Vielleicht bleibt es bei dieser einen Sonderheit und der „Erzähler“ kann ferner wieder im gewohnten Gewande erscheinen.

Der Verlag.

Wechsel im Kaiserl. Zivilkabinett.

Valentin's Rücktritt — Berufung v. Bergs.

Ein neuer Herr ist zum Leiter des kaiserlichen Zivilkabinetts berufen worden, der Oberpräsident und frühere Landes-

hauptmann von Ost-Preußen, Friedr. v. Berg. Seit langer Zeit geniesst Herr von Berg die besondere Wertschätzung des Kaisers, der als Mann von persönlich streng konservativen Anschauungen gilt, dem aber gleichzeitig der Ruf weitestgehender politischer Einsicht und disziplinierter objektiver Denkart vorausgeht, so daß man bei ihm eine der Wichtigkeit des Amtes entsprechende gerechte Verwaltung voraussetzt. Denn wenn es auch der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt ist, so bleibt es doch eine Tatsache, daß dem Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts Aufgaben zufallen, die weittragenden Einfluß auf den Gang und die Entscheidungen unserer äußeren und inneren Politik in sich schließen. Der Leiter des Zivilkabinetts steht der Person des Monarchen unmittelbar näher, als die Verfassungsverhältnisse und die Tradition langer Zeiträume berufen ihn als Vermittler und Ratgeber namentlich dann, wenn wichtige Veränderungen im höchsten Beamtenkörper des Staates und des Reiches notwendig werden.



Friedrich v. Berg.



v. Valentini.

Er muß imstande sein, dem Träger der Krone die politische Lage und die Forderungen des Tages in einer Weise klar zu schildern, daß diesem ein genügend helles Bild wird, um dann die letzte Entscheidung zu treffen. Damit ist der Wirkungskreis natürlich nicht erschöpft, weitere und bedeutende Belästigungen gehen dem Amt Inhalt und Wirkungskraft. Eignet sich der Träger hervorragend dazu, so können ihm treffliche Ziele werden, die sich selbst bis zur Popularität steigern können. Wir erinnern dabei nur an den Vorgesetzten des jetzt lebenden Herrn v. Valentini unter Kaiser Wilhelm II., an Herrn v. Lucanus, dessen Name fast sprichwörtliche Verbreitung gewann.

Herr v. Valentini, Mißl. Geb. Rat mit dem Titel Grafen, übernahm das Amt nach Herrn v. Lucanus im Jahre 1908, hat es also fast 10 Jahre verwaltet. Er wurde damals aus Frankfurt a. O. berufen, wo er Regierungsrat war, und ist 63 Jahre alt. Kurz vor seinem letzten Rücktritt, nach dem Scheitern des Reichskongresses v. Bethmann Hollweg, erhielt er den hohen Orden vom Schwarzen Adler.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Regenschaftsrat des Königreichs Polen hat nach Abschluß seines Besuchs in Berlin an den Kaiser und an den Herrn Reichskanzler Telegramme gerichtet, in denen er für den „anständigen Empfang und die Gastfreundschaft“ seinen Dank ausdrückt. Kaiser und Kanzler gaben in Antworttelegrammen der Hoffnung Ausdruck, daß der Besuch der Polen einen weiteren Bankett zur dauernden Festigung der freundschaftlichen engen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen bilden möge.

In der fortgesetzten Beratung der Kommission des preussischen Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsreform in Preußen wurde von nationalliberaler Seite abermals nach dem Schutze der Deutschen in der Ostmark gefragt. Zugleich empfahl der Redner das ständische Wahlrecht. Auch ein Freikonservativer trat für das ständische Wahlrecht ein unter Berücksichtigung der Kriegsteilnehmer. Auch die Konservativen machten nochmals ihre Bedenken geltend. Ein Zentrumredner behauptete, seine Partei halte an der grundsätzlichen Stellung fest, die in der Vollversammlung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen wurde. Die Erste Kammer möchte mit größeren Befugnissen ausgestattet, die Wahlrechte festgelegt, die Interessen von Schule und Kirche geschützt werden.

Osterreich-Ungarn.

Mit der Friedensbewegung in Ungarn lehte sich der frühere Ministerpräsident Graf Tisza, der auch jetzt noch der Führer der Parlamentarier ist, in einer Rede auseinander, die er auf der Konferenz der nationalen Arbeiterpartei in Budapest hielt. Graf Tisza führte dabei aus, daß denen das Handwerk gelegt werden müsse, die die Seele der Nation vergiften, indem sie ihr das Bewußtsein rauben wollen, daß sie einen gerechten Verteidigungskrieg führt und den Irrglauben zu erneuern bestrebt sind, daß ein die ehrenvolle Zukunft der Nation ehrender Friede schon hätte erreicht werden können. Zum Schluß wies Graf Tisza darauf hin, daß die Feinde Osterreich-Ungarns diese sowohl in Ungarn als auch in Osterreich aufstrebenden Erscheinungen in Rechnung ziehen und sie übertrieben beurteilen.

Schweden.

In der Thronrede zur Eröffnung des Reichstages befragt der König die Versammlungen um die Aufrechterhaltung der Neutralität, sowie für die Übergangsverwaltung nach dem Kriege und für das Zusammenwirken der skandinavischen Staaten. Er begrüßte das selbständig gewordene Finnland und drückte die Hoffnung auf gedeihliche Lösung der Alandsfrage aus. Schließlich kündigte der König an, daß seine Regierung Fragen der auswärtigen Politik mit einem Sonderausschuß des Reichstages zusammen bearbeiten werde, und daß die Räteungen voraussichtlich herabgesetzt werden könnten.

Rumänien.

Wie die Blätter melden, wird der König Ferdinand von russischen Truppen bewacht. Sie bereiteten gewaltsam einen Versuch des Königs, sich der Kontrolle zu entziehen. Die russische Regierung erließ einen Aufruf zur allgemeinen Revolution im ganzen Lande. Die in Ausland weilenden rumänischen Behörden müssen am 31. Januar das Land verlassen. An diesem Tage müssen die Regierungsbüros in Kischineu geräumt sein. Das ist das Ende der russisch-rumänischen Verbundenheit, um dem willigen König Ferdinand vorübergehend.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. Jan. Der Kaiser hat an die Witwe des ehemaligen Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, Jordan v. Kröcher, ein herzliches Beileidstelegramm gerichtet.

Berlin, 17. Jan. Wie von unterrichteter Seite gemeldet wird, gedankt der Reichskanzler seine angeforderte politische Programmsprache im Hauptauschuß am Dienstag, 22. d. Mts. zu halten.

Stockholm, 17. Jan. Wie verlautet, soll Kerenski Aufenthalt in Petersburg ermittelt worden sein.

Christiania, 17. Jan. Wie verlautet soll demnächst eine gemelte Zusammenkunft der skandinavischen Könige in Stockholm stattfinden.

Bern, 17. Jan. Der Bundesrat hat den schweizerischen Konflikt in Abso beauftragt, der Regierung in Helsingfors mitzuteilen, daß er die Unabhängigkeit und Souveränität Finnlands anerkenne.

Wien, 17. Jan. Nach dem neuen Verteilungsplan der neuen Festschüsse sollen auf Kopf und Monat künftig 30 Pfennig Zett kommen.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

(28. Sitzung.)

Re. Berlin, 17. Januar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Graf Nord a. Wartenburg das Wort zu einer Erklärung. Mit Rücksicht auf den Beschluß des Hauptausschusses, wegen der schwebenden Verhandlungen in Reich-Litawitz von einer Fortsetzung der auswärtigen Politik im Augenblick abzusehen, bittet der Redner den Präsidenten im Verein mit den beiden Ministerpräsidenten den gemeinsamen Antrag über den Friedensschluß nicht auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu legen. Auf eine spätere Beiprächung verzichten die Antragsteller nicht.

Die Verordnung über den Erwerb von Kriegsanleihe durch Stiftungen usw. wird genehmigt. Ebenfalls ohne Auswache werden einlax Verordnungen zur Bekämpfung der

Maras erledigt. Eine Anzahl von Mitbüchern wird der Regierung als Material über zur Eröffnung überreicht, über andere wird zur Tagesordnung übergegangen.

Der Präsident teilt mit, daß weiteres Arbeitsmaterial für das Herrenhaus nicht vorliegt. Er bittet um die Ermächtigung, die nächste Sitzung selbständig festsetzen zu dürfen. Das Haus ist damit einverstanden und vertagt sich auf unbestimmte Zeit.

Caillaux' Dokumente in Rosa.

Der Inhalt des Florentiner Schrankes.

Wie die Pariser Presse bekanntgibt, lagen in dem Florenz erbrochenen Kassenschrank, den Caillaux unter dem Namen seiner Frau gemietet hatte, außer Wertpapieren und Schmuckgegenständen

das Manuskript eines Buches über die Agadiraffäre, an dem Caillaux arbeitete, Notizen über die Mitglieder eines zukünftigen neuen Ministeriums Caillaux und schließlich die Documents roses, drei Dokumente auf rosa Papier, die Clemenceau, Poincaré und eine noch ungenannte hervorragende Persönlichkeit eines anderen Ententeantes bloßlegen sollten. Das „Journal du Peuple“ kündigt an, die schweren Verleumdungen dieser drei Männer, über die diese Dokumente Kenntnis geben, würden zur rechten Zeit entbült werden.

Wie weiter bekannt wird, hatte Caillaux selbst im Laufe der Untersuchung dem vernehmenden Richter Mitteilungen von jenem Kassenschrank in der Florentiner Bank gemacht und gebeten, ihn in Anwesenheit eines von dem Richter bestellten Vertreters öffnen zu lassen. Der Schrank ist nun vor italienischen Geheimagenten in Anwesenheit des französischen Konsuls erbrochen worden.

Auflagen und Enthüllungen.

Die Pariser Debatte bemüht sich umsonst, den verhafteten Caillaux wie einen des Vaterlandsverrates Überführten und deshalb von seinen nächsten Freunden Verstoßenen zu behandeln. Die Beifolger der Unken lassen vielmehr erkennen, daß Caillaux treue Freunde hat, die am Werke sind, für ihn zu arbeiten und die, wie ein Blatt schreibt, nicht dulden werden, daß „der Gerechtigkeit ein Schandwort geschlagen wird“. Einige Blätter erklären rund heraus, die von den italienischen Behörden beigebrachten Dokumente könnten genau wie Herbasch Vordermann im Dreifach-Prozess gefälscht sein.

Der angebliche Staatsstreichplan.

Unter den Akten, die in dem Florentiner Schrank gefunden wurden, befindet sich einer Stefanmeldung zufolge ein von Caillaux angeblich entworfenen Regierungsprogramm, das für den Fall seiner erneuten Berufung zur Ministerpräsidentenamt zur Ausführung gelangen sollte. Das Programm stellt, wenn es echt ist — tatsächlich eine Staatsumwälzung dar. Ganz abgesehen davon, daß es die Verhaftung Poincarés und aller Männer, die die öffentlichen Angelegenheiten Frankreichs in letzter Zeit leiteten, vorsieht, plant es eine Einschränkung der Machtbefugnisse des Senats und der Kammer. Der ganze Plan ist so abstrus, daß „an dem nächsten Rechner Caillaux seinen Entwurf kaum antrauen kann.“

Vanings Beweis.

Clemenceau, der während der Kammerinterpellation über den Fall Caillaux nicht zum Reden zu bringen war, hat jetzt die Sprache wiedergewonnen. Er läßt in der Presse erklären, die Devisen des amerikanischen Staatssekretärs Lansing, die angeblich die Verhaftung Caillaux veranlaßte, solle veröffentlicht werden. Die Freunde des Verhafteten bezeugen den „Beweisen“ Vanings mit noch härterem Mißtrauen als den italienischen Dokumenten.

Neue Verhaftungen.

Caillaux ist auf demselben Flur inhaftiert, in dem sich die Rolle Bolo Polshas und der anderen in die „Standale“ verwickelten Personen befinden. Der ehemalige Ministerpräsident wird Tag und Nacht streng überwacht, weil man angeblich einen Selbstmord (N) befürchtet. Niemand darf zu ihm. Auf Veranlassung Clemenceaus ist auch Comba verhaftet worden, der in die Affäre Caillaux verwickelt war. Weitere Verhaftungen stehen noch bevor. — Die beiden großen Gegner führen einen Vermittlungskampf. Siegt Clemenceau, so ist Caillaux — zumindest politisch — tot, siegt Caillaux, dann nimmt Clemenceaus strahlende politische Laufbahn ein jähes unheilvolles Ende. Kein Wunder wenn beide alle Mienen springen lassen.

Einigung mit den Ukrainern.

Dank an Staatssekretär v. Kühlmann.

Brest-Litowsk, 17. Januar.

Die Delegationen der vier verbündeten Mächte hielten gestern Vormittag eine vertrauliche Beiprächung ab. Staatssekretär v. Kühlmann gab Auskunft über den Stand der Verhandlungen mit der russischen Delegation. Die Vorkunden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck. — Im Anschluß daran fand eine vertrauliche Beiprächung mit den ukrainischen Delegationen in der Privatwohnung des leicht erkrankten Grafen Czernin statt.

Wertblatt für den 19. Januar.
Sonnenaufgang 8⁵⁹ | Monduntergang 12²⁸ M.
Sonnenuntergang 4¹⁷ | Mondaufgang 10¹¹ M.
1876 Dichter Hans Sachs gest. — 1899 Dichter Edgar Allan Poe geb. — 1896 Generalleutnant Graf Gottlieb v. Dörfeler geb. — 1896 Staatsmann Heinrich Meißner geb. — 1871 Niederlage der französischen Nordarmee bei Saint Quentin. — 1874 Dichter August Heinrich Hoffmann (von Fallersleben) gest. — 1882 Forschungsreisender Hermann v. Schlagintweit gest. — 1915 Die Engländer bei Bassini (Deutsch-Ostafrika) von den deutschen Kolonialtruppen geschlagen. — 1917 Einnahme des Brückenkopfes von Nameth (Sereth) durch die Deutschen.

Die 1^{1/2} Stunden lange Unterredung führte zur Verhellung des grundsätzlichen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Hierdurch dürfte ein entscheidender Schritt nach vorwärts getan sein.
Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden. Nach dem binnen kurzem zu erwartenden Abschluss des vertraulichen, vorbereitenden Gedanken- und tausches wird in die Einzel-Verhandlungen eingetreten werden.

Debatte über die Räumungsfrage.
In den Verhandlungen am 15. fand in beiden Sitzungen die Frage der Räumung des besetzten Gebietes im Vordergrund. Der Anregung von russischer Seite, Vertreter der besetzten Gebiete an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen, stimmte Staatssekretär v. Kühlmann zu unter der Voraussetzung, daß die Staatwerdung dieser Gebiete auch von den Russen wenigstens vorläufig anerkannt werde, worauf Trotski nicht einging.

Die militärischen Sicherungen.
Nach Ansicht der russischen Delegation liege kein Grund vor, das Schicksal der besetzten Gebiete mit dem Verlauf des Krieges zu verknüpfen. Die Frage des Schicksals der besetzten Gebiete sei verwachsen mit dem Friedensschluß an der Ostfront. Staatssekretär v. Kühlmann stellte demgegenüber fest, daß mit einem Zeitpunkt der Räumung, der nicht dem Abschluß des allgemeinen Friedens angepaßt ist, nicht gerechnet werden könne. Es sei unzulässig die militärischen Sicherungen vorzeitig zu schwächen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
In der fortgesetzten Verhandlung stellte Staatssekretär v. Kühlmann fest, daß eine Einigung über den Zeitpunkt der Räumung nicht erreicht worden sei. Bei den nun zur Diskussion stehenden allgemeinen politischen Voraussetzungen des Selbstbestimmungsrechts handle es sich darum, inwiefern die Freiheit der Abstammung bzw. der Wahl zur Unabhängigkeit beeinträchtigt wird. Für die verbündeten Delegationen gibt es zwei Gesichtspunkte, innerhalb deren darüber diskutiert werden kann.

Eine gewisse Zahl bewaffneter und disziplinierter Streitkräfte ist zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung notwendig. Ein Teil jener militärisch organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes in Gang zu halten. Es wird von unserer Seite in bindender Form die Forderung gegeben werden, daß diese organisierten Kräfte in dem Gebiete, um das es sich handelt, in keiner Weise sich politisch betätigen und keinen politischen Druck ausüben dürfen. Aus dieser Anschauung heraus vertreten wir unbedingt die These, daß die Gegenwart dieser Kräfte der Freiheit der Abstammung in keiner Weise abträglich sein kann und deshalb ihr Vorhandensein die Ausübung einer vollkommen freien Abstammung keineswegs beeinträchtigt.

Herr Trotski vertrat gegenüber dieser klaren Formulierung bei seinem Standpunkt, daß erst eine Festlegung des Räumungstermins erfolgen müsse. Im übrigen steht im engen Zusammenhang mit dieser Frage die Rückkehr aller Flüchtlinge. Staatssekretär v. Kühlmann gab ohne weiteres zu, daß grundsätzlich Flüchtlinge berechtigt sein sollten, in ihre Heimat zurückzukommen. Es sei aber eine Aufgabe der Verwaltungsbehörden, festzustellen, ob und welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte den Vorredner, ihm zur Erleichterung des Überblickes das der russischen Regierung hierüber vorliegende Material zugänglich zu machen, wozu sich Herr Trotski bereit erklärte.

Die bayerische Vertretung in Brest-Litowsk.
Der bevorstehenden Entlassung des königlich bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Bodewitz nach Brest-Litowsk folgt, wie die Nordd. Allg. Stg. mitteilt, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Verfaller Übereinkunft vom 29. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von preussischer Seite am 14. Februar 1871 ratifiziert worden ist. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskriege geschlossen werden, stets auch ein Bevollmächtigter seiner Majestät des Königs von Bayern ausbezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt — also durch den deutschen Reichskanzler — seine Instruktion erhält.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Wolffschen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 18. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Gefechts-tätigkeit gering. Lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai. Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Broisnes wurden Gefangene eingebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Angriff auf die englische Küste.

Die oerödete Nordsee.
Am 14. 15. Januar unter-nahmen leichte deutsche Streitkräfte einen Streifzug durch

die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegs-schiffe noch Handelsfahrzeuge an, trotzdem sie nördlich der Themse-Mündung bis dicht unter die englische Küste vor-siechen.

Dort nahmen sie wichtige Hafenanlagen auf nächste Entfernungen bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Artilleriefeuer.

Neue U-Boot-Erfolge.

Starker, mit allen Mitteln ausgeübter Gegenwirkung zum Trotz, fielen auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unteren U-Booten 21000 Gr. Reg. To. Handelsfahrzeuge zum Opfer.

Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 Tonnen in geschickt durchgeführtem Angriff aus be-sonders starker Fischdampferfeuerherausgeschossen. Die Mehrzahl der versenkten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Am 14. wird gemeldet: Einer unserer Unterseeboote hat kürzlich an der Westküste Englands vier Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher f. nlicher Gegenwirkung in den für starke U-Boots-abwehr besonders geeigneten Gewässern der Britischen See und des Bristolkanals durch geschickte Angriffe vernichtet; hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer.

Sämtliche Dampfer waren bewaffnet; unter ihnen konnten die englischen Dampfer „Gimleaf“ und „Boston City“ namentlich festgestellt werden; von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen, der andere, vom Ansehen und Größe des englischen Dampfers „Gremont Castle“ (6294 T.), Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung „S. F. 600“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 17. Jan. Kriegsminister v. Stein erklärte in einer Unterredung, es gebe nur eine Möglichkeit, den Krieg zu beenden, den Sieg. Dazu sei nötig, daß niemand in der Heimat den Willen zum endgültigen Siege aus den Augen lassen dürfe.

Bern, 17. Jan. Die französische Regierung hat hier ihr Bedauern wegen des Bombenabwurfs auf Kollnach aus-gesprochen und Vergütung des gesamten Schadens angefordert.

Bern, 17. Jan. Nach einer Meldung aus New York hat das Schiffsamt des Handelsministeriums um die Aus-lieferung aller Segelschiffe amerikanischer Flagge ge-beten. — Es sollen sofort 475 000 Tonnen verfügbar sein.

Schlusssdienst.

Stell- und Korrespondenz-Mitteilungen.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 17. Jan. In der heutigen Sitzung des Bundes-rats wurden eine Vorlage über die Abänderung des § 74 der Rohlensteuer-Ausführungsbestimmungen, Bekanntmachungen über Veräußerung von Kaufobjekten im Auslande usw., aber das Verbot der Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen von Kolonialunternehmen ins Ausland, über den Verkehr mit Treibriemen und Änderung der Ver-ordnung über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seilen angenommen.

Aus dem Hauptauschuss des Reichstags.

Berlin, 17. Jan. Der Hauptauschuss des Deutschen Reichstages behandelte heute ausführlich die Lage und die Rechtsverhältnisse der polnischen Arbeiter in Deutschland. Redner der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozial-demokratie bekämpften die Freiheitsbeschränkungen und die Ablosung der Arbeiter von verschiedenen Naturlösungen auf den Marktreisen. Das Kriegsamt erklärte, daß alles, was möglich sei, zur Besserung geschehe, indessen könnten die fremden Arbeiter in der deutschen Kriegswirtschaft nicht ent-behrt werden. Dann wandte sich die Besprechung Berufs-fragen zu. Lebhaftige Fragen wurden dabei von dem fortschrittlichen Abg. Gotthein erhoben.

Zum Eintritt Valentini.

Berlin, 17. Jan. Die Nordd. Allg. Stg. meldet: Wie wir aus politischen Kreisen hören, trifft die Meldung einiger Blätter, daß der Chef des Reichskabinetts Seiner Majestät des Kaisers und Königs, Geheimrat v. Valentini aus seinem Amte geschieden ist, zu.

Die preussische Wahlreform.

Berlin, 17. Jan. Die Wahlrechtskommission des Preussischen Abgeordnetenhauses berät die allgemeine Ausdehnung der Vorlage. In der nächsten Sitzung, deren Tag noch nicht bestimmt ist, wird die Kommission sich zunächst mit der Vor-lage über das Stimmrecht beschäftigen.

Wiener Angriff auf den Fürsten Bismarck.

Wien, 17. Jan. Das Wiener halbamtliche „Freundenblatt“ behauptet in einem Artikel über die Vorgänge in Deutschland Berliner Gerüchte, nach denen der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär v. Kühl-mann Schwierigkeiten zu bereiten in der Absicht sich selbst an seine Stelle zu setzen. Das „Freundenblatt“ findet dabei wenig freundliche Worte für den Fürsten Bismarck. Er würde der österreichisch-ungarischen Monarchie kein genehmter Friedens-untersändler sein, sagt das Blatt. Vor dem Ausbruch des Krieges mit Italien habe er bei den Ausbüten österreichischen Gebietes nicht die Eigenheiten eines treuen Sekundanten gezeigt.

Mahregelung des Redakteurs Kuttner.

Berlin, 17. Jan. Der Leiter des Bundes der Kriegs-beschädigten, Redakteur Erich Kuttner, hatte seine Bundes-genossen aufgefordert, das Eiserne Kreuz abzulegen und zurückzugeben. Infolgedessen ist ihm vom Oberkommando in den Marken jede weitere Tätigkeit für den Bund verboten worden. Diese Maßregel richtet sich in keiner Weise gegen den Bund, sondern hat einen rein persönlichen Charakter.

Cherchez-le-milieu-garantierter Heeresbericht.

Wien, 17. Jan. Anlässlich der Berna und dem Me-Parica behauptet der Gegner seine Gefechtsstärke. In den erfolglosen verlustreichen Angriffen des Vorstoßes auf bestige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 12 Offiziere und 300 Mann gefangen ein-gebracht.

Caillaux kommt vor ein Kriegsgericht.

Genf, 17. Jan. „Corriere della Sera“ meldet aus Paris, daß sich das Militärgericht im Strafverfahren wider Caillaux bereits vor acht Tagen als zuständig erklärt hat. Caillaux hat gegen den Vorstoß des Untersuchungsrichters Beschwerde eingelegt.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hagenburg, 18. Januar.

§ Anfang Januar sind im Burggarten 11 ste ra-beraubten Feldpostpäckchen gefunden worden. Nach der bisherigen Ergebnisse der angestellten Ermittlungen habe schulpflichtige Kinder die Päckchen aus dem Hause des Empfängers und aus dem Wigen des Päckchells entwendet und ihres Inhalts beraubt. Die Verleidi, daß hiesiges Postpersonal in die Angelegenheit verwickelt sei, entbehrt jeder Begründung.

* Kaninchenfelle abtiefen! Der Maninche schachtet, muß zufolge einer neuen Verfügung die Re-rechtzeitig an einen Händler oder an die Sammelstelle eines Kaninchenzuchtvereins abliefern, wenn er sich nicht der Gefahr schwerer Bestrafung aussetzen will. Dergleiche gilt auch für Hasen- und Hagenfelle. Unter Ver-brauch der Felle für Pelzwerk und Led. Die Releg-fell-Aktiengesellschaft in Leipzig, Gründling 8, ist d. Himmel 3. Zentralstelle.

Aus Rastau, 18. Jan. Der Provinziallandtag d. Provinz Posen Rastau ist zum 1. Mai d. J. nach d. Stadt Rastau, der Kommunaltag des Rastau und bezieht Rastau zum 29. April d. J. nach der Stadt Rastau der Kommunaltag d. Rastau bezieht Rastau zum 6. Mai d. J. nach der Stadt Rastau ein-rufen worden.

— Ernannt wurde der Reg. und p. sident Dr. v. Meister in Wiesbaden zum S. Richter des Oberprä-sidenten der Provinz Posen Rastau in seiner Eigenschaft als Königlich Kommissar für die Kommunalangelegenheiten der Regierung bezieht Wiesbaden.

Frankfurt a. M., 16. Jan. Ein schon mehrere Jahre im Hauptbahnhof angestellter Wachensteller wurde dabei abgefaßt, als er gen. sam mit einem Manne aus einer Päckchen Leder im Werte von 3000 Mark stehlen wollte. Die Diebe wurden in Haft genommen. — Die hiesige Strafkammer beurteilte den Kaufmann Karl Schaefer zu 5 Jahren und den Kaufmann Ernst Vanger zu 1 Jahren Gefängnis. Sie hatten Sand statt Pfeffer ver-kaufte und viele Tausend Mark eibenten. 120 000 Mark waren bereits auf ihr Konto eingezahlt, konnten aber noch rechtzeitig beschlagnahmt werden.

— Die Frankfurter Pferdewärter wurden für die nächsten 1 Jahr wie folgt festgesetzt: 6. Februar, 8. März, 10. April, 1. Mai, 5. Juni, 3. Juli, 7. August, 5. September und 18. Oktober. Der Marktplatz befindet sich gegenüber dem Ostbahnhof.

Rastau, 18. Jan. Einbrecher verübten in der „Preis-zenvilla“ an der Bringenquelle ein gemeines Verbrechen in der Werk, indem sie alle Teppiche, Bilder, Gardinen, Polster-möbel vollständig zerschneiden. Der Schaden ist sehr bedeutend.

Nach und Fern.

o Hochwasser und Überschwemmungen. Aus Bingen wird gemeldet: Die Rheine hat auf weite Strecken das Land überflutet. Bei Dietersheim ist der Damm ge-brochen. Das Wasser hat einen Teil des Ortes über-schwemmt. Der Schaden ist sehr groß. Die Einwohner sind auf die Dächer geflüchtet. Sie werden durch Nachen aus ihrer Lage befreit. Es ist noch ein weiteres Steigen des Wassers zu erwarten. Auch an anderen Stellen sind Dammbrüche vorgekommen. Der Rhein ist in den letzten 24 Stunden um mehr als einen halben Meter gestiegen. Auch die Werra führt Hochwasser. — Die bekannte Wall-schützende in Mariental ist durch einen Wollenbruch und die Schneemassen unter Wasser gelegt. Das Hochwasser ist bereits über den Damm von 1873 gestiegen.

o Über Hochwasser und Überschwemmungen treffen auch ra-ans verschiedenen Gegenden des Reiches immer neuere-mendete Stobsposten ein: Der Rhein ist vom 17. auf den 18. Januar um mehr als einen Meter gestiegen. Großen Schaden hat das Wasser in einer Fabrik in Wallendar an-gerichtet, wo 1000 Fässer Rarmelade fortgeschwemmt wurden. Die Hochflut der Rheine hat zahlreiche Ortschaften unter Wasser gesetzt. Bei der Rheine hat das Wasser eine solche Höhe erreicht, daß in verschiedenen Orten die Sturm-türme gaden geläutet wurden. An vielen Stellen sind die Dämme der Mosellbahn untergraben und fortgerissen worden. Bei der regnerischen Witterung ist ein weiteres Steigen des Rheins und seiner Nebenflüsse zu befürchten. — Im Anstalt sind bedeutende Geländestrecken über-nach ein-schwennt. Der Staatsbahnhof Langenfeld ist von dem Rheine getrennt, da die dorthin führende Straße überflutet worden ist. — Aus Offen wird gemeldet, daß Ruhr, Weser, Elbe, Rhein und Wupper schweres Hochwasser führen und die Ufer vor die-treten. Auch im Saalegebiet ist starkes Hochwasser zu-treffen. In Jena stehen ganze Stadtteile unter Wasser und sind unterbrochen.

o Selbstmord eines Professors. Aus Erfurt wird über-berichtet: Professor Dr. Staebe, ein berühmter Spezialist für Ohrenleiden, erschoss sich im Alter von 58 Jahren wegen eines unheilbaren Nervenleidens.

o Schwere Unfall eines Urlanderzeuges. Am Donnerst-ag vormittag 7 Uhr 12 Min. entgleiste auf der Haltebahn bei dem der Urlanderzeug 243 infolge Dammunterspaltung. Die Maschine, der Lokwagen und drei Personenwagen stürzten in die Tiefe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebensoviel verletzt. Der Zugverkehr auf der Haltebahn ist unterbrochen.

o Mäuden gibt keine Lebensmittelkarten an Fremden aus. Nach einem Beschluß der Stadtverwaltung soll die Lebensmittelversorgung der Fremden in Mäuden ernstlich eingeschränkt werden. Ausländer erhalten überhaupt keine Marken mehr, ebenso alle diejenigen Fremden, die weniger als acht Tage sich in der bayerischen Hauptstadt aufhalten.

o Grubenunglück in Ungarn. In Anna Banna hat ein Grubenunglück, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Es wurden zwei Tote und 35 schwer Verwundete geborgen.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Reichel in Hagenburg.